

WAHLPRÜFSTEINE

mit Fragen an die Parteien zur Landtagswahl

am 08.10.2023 in Hessen

DIE LINKE HESSEN

- 1. Werden Sie sich für die Stärkung der Politischen Bildung als Unterrichtsfach an allen Schulformen einsetzen? Wenn ja, welche konkreten Maßnahmen planen Sie?**

Die Linke Hessen möchte Politik wieder als eigenständiges Fach an allen Schulformen und in allen Jahrgangsstufen ab Jahrgangsstufe 5 einführen, da Demokratiebildung und das Vermitteln von politischem Verständnis zu den Grundaufgaben einer Gesellschaft gehören. Außerdem wollen wir, dass Politik als eigenständiges Fach an allen Schulformen bis zum Abschluss in gleichem Umfang unterrichtet wird.

- 2. Wie wollen Sie die Unterrichtsversorgung mit fachlich ausgebildeten Lehrkräften sicherstellen?**

Der hausgemachte Lehrkräftemangel stellt alle Schulen vor großen Herausforderungen. Hinzu kommt die hohe Belastung der Lehrkräfte, die wiederum für einen hohen Krankheitsstand in den Kollegien sorgt.

Hessen braucht eine Fachkräfteoffensive, die auch mit Ressourcen untermauert ist, um die Arbeitsbedingungen an den Schulen wieder attraktiver zu machen. Die Pflichtstunden müssen reduziert, der Unterricht durch multiprofessionelle Teams gestärkt werden. Zudem müssen die Ausbildungskapazitäten erhöht, und der Quereinstieg attraktiv gemacht werden. Auch wollen wir das Arbeitsumfeld verbessern und modernisieren – viele Schulen sind sanierungsbedürftig, Lehrkräfte müssen ihr Unterrichtszimmer nicht selten selbst möblieren. Solche Umstände wollen wir beheben, um den Beruf attraktiver zu machen.

- 3. Planen Sie Schritte, um die universitäre Lehrkräftebildung für das Fach Politik und Wirtschaft wie auch für das Fach Sachunterricht mit sozialwissenschaftlichem Schwerpunkt zu stärken?**

Eine Stärkung sozialwissenschaftlicher Inhalte begrüßen wir fächerübergreifend, da aktuelle gesellschaftliche Themen so im schulischen Kontext aufgegriffen werden könnten. Generell muss die Lehrkräfteausbildung grundlegend reformiert werden, um wichtige Querschnittsthemen deutlich umfassender zu verankern und fachdidaktische Kompetenzen zu stärken.

4. Planen Sie hierzu die Angleichung der Studiendauer für das Lehramt an Grund-, Haupt- und Realschulen an die Studiendauer für das gymnasiale Lehramt?

Die Linke Hessen wird die Regelstudiendauer für alle Lehrämter auf zehn Semester anheben.

5. Planen Sie Schritte, um die zweiten Phase der Lehrkräftebildung (Referendariat) für das Fach Politik und Wirtschaft zu stärken? Falls ja, welche?

Konkrete Pläne hat Die Linke Hessen diesbezüglich (noch) nicht erarbeitet. Wir stehen einer diesbezüglichen Diskussion aber sehr offen gegenüber. Dazu müssten alle Akteur:innen der Lehrkräftebildung einbezogen werden.

6. Wie möchten Sie die Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe in der ersten Phase der Lehrkräftebildung stärken? Soll es dazu einen verpflichtenden „bildungswissenschaftlichen Studienanteil“ geben?

Ein verpflichtender „bildungswissenschaftlicher“ Studienanteil wäre durchaus denkbar. Durch eine Anhebung der Regelstudienzeit könnte auch entsprechend Raum und Zeit geschaffen werden. Gerade im Kampf gegen Rechts, Diversität und Inklusion ist eine hohe Sensibilisierung der angehenden Lehrkräfte wichtig.

7. Wie möchten Sie die Demokratiebildung als Aufgabe aller Lehrkräfte systematisch in die zweite Ausbildungsphase integrieren?

Die Linke Hessen begreift Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe, ist jedoch offen, entsprechende Module verpflichtend in die Lehrkräftebildung zu integrieren.

8. Wie gedenken Sie, Demokratiebildung als fächerübergreifende Aufgabe an Schulen – beispielsweise über die Qualifizierung der Schulleitungen oder über eine Schaffung von Kapazitäten in den Stundentafeln der Lehrkräfte – zu stärken?

Die Linke Hessen unterstützt die Forderung nach einem Demokratiefördergesetz, in dem Teilhabe, Aufklärung und Prävention eine wichtige Rolle spielen werden. Konkret für Schulen bedeutet dies, dass es gute und ausreichende Fortbildungen für Schulleitungen und Lehrkräften geben muss. Denkbar sind auch Projekttag- und Wochen sowie die Etablierung von Demokratiebeauftragten an Schulen. Außerdem wollen wir die Curricula modernisieren und entschlacken, um Platz zu schaffen für Demokratiebildung, Bildung für nachhaltige Entwicklung und kulturelle Bildung sowie mehr Sport.

9. Demokratiebildung ist nur dann möglich, wenn dafür Zeit zur Verfügung gestellt wird. Planen Sie, die Stundentafeln künftig so zu gestalten, dass Klassenratssitzungen abgehalten, andere Formen der Mitbestimmung ausgeübt

und mehr Kooperationen mit außerschulischen Institutionen durchgeführt werden können?

Da Mitbestimmung und die Etablierung demokratischer Strukturen unbedingt selbstverständlicher Bestandteil des Schullebens sein müssen, muss dafür Raum geschaffen und müssen notwendige personelle, zeitliche und sachliche Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Ein On-Top lehnen wir strikt ab, es würde der Bedeutung auch nicht gerecht.

10. Wie planen Sie Bildungsstätten, Vereine und Initiativen im Land zu unterstützen, die einen wesentlichen Beitrag für eine vielfältige außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung in Hessen leisten?

Das ist nur möglich durch die Zurverfügungstellung notwendiger Mittel im Landeshaushalt. Zudem sollen derartige Initiativen beworben und politisch unterstützt werden. Gern möchten wir die Arbeit dokumentiert und im Landtag gewürdigt wissen. Politische Teilhabe muss halt mit allen Mitteln gefördert werden, die den Parteien und Fraktionen zur Verfügung stehen.

11. Bei den Förderprogrammen gibt es eine deutliche Überbewertung und Steigerung öffentlicher Mittel zugunsten von extremismuspräventiven Maßnahmen. Dagegen stagnieren die Mittel für die allgemeine Politische Bildung seit Jahren. Sehen Sie hier Handlungsbedarf, insbesondere mit Blick auf ein mögliches Hessischen Demokratiefördergesetz?

Als LINKE sagen wir, politische Bildung darf sich nicht nur der Extremismusprävention widmen. Vorrangiges Ziel politischer Bildung ist es, allen Menschen die politische Teilhabe zu ermöglichen.

Handlungsbedarf für die politische Bildung sehen wir als LINKE insbesondere in Bezug auf die starke soziale Ungleichverteilung bei der politischen Partizipation innerhalb der Bevölkerung. Es darf nicht wie bisher sein, dass die soziale Herkunft, der formale Bildungsabschluss oder der Migrationshintergrund einen entscheidenden Einfluss darauf haben, ob Menschen bereit sind, zu Wählen oder sich an den Institutionen unserer Demokratie aktiv zu beteiligen.

Politische Bildung muss insbesondere Konzepte entwickeln, wie die politische Partizipation derartiger vom demokratischen Prozess abgehängter Gruppen gestärkt werden kann. Hierfür braucht es eine gesetzlich abgesicherte dauerhafte finanzielle Ausstattung von Trägern und Projekten der politischen Bildung.

12. Welche Maßnahmen zur Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung planen Sie?

Wir wollen die Hessische Landeszentrale als unabhängige und überparteiliche Einrichtung der öffentlichen Bildungsarbeit stärken, um das demokratische Bewusstsein zu fördern. Für DIE LINKE bildet die Aufklärung über Rechtsextremismus, Antisemitismus und alle Formen der Menschenfeindlichkeit dabei den zentralen Bestandteil. Über die Landeszentrale wollen wir auch die Arbeit der

Gedenkstätten und Erinnerungsinitiativen zur NS-Zeit in Hessen stärker fördern und besser unterstützen.